

KOLUMBIEN

ÜBERLEGUNGEN ZU STRATEGIEN DER RESSOURCENSICHERUNG IN EINEM MÖGLICHEN POST-KONFLIKT-SZENARIO

Fabian Singelstein

Oktober 2014

Inhalt

1. Umkämpfte Ressourcenzugänge.....	2
2. Kein Zugang ist keine Option	4
2.1. <i>Porvenir I.....</i>	4
2.2. <i>Juristische Bedingungen für das Staudammprojekt.....</i>	6
3. Strategien im Post-Konflikt-Szenario	7
3.1. <i>Hilfsprogramme für ein Staudammprojekt.....</i>	7
3.2. <i>Landtitel für die Enteignung</i>	10
4. Territorialisierung durch kontrollierten Wandel der Landnutzungsbedingungen.....	13
5. Literaturverzeichnis	15
6. Interviewverzeichnis	17

1. UMKÄMPFTE RESSOURCENZUGÄNGE

In kaum einem Land Lateinamerikas sind die Extraktionsstrategien nationaler und internationaler Unternehmen derart mit irregulären bewaffneten Akteursgruppen verflochten wie in Kolumbien. Sei es, weil die auszubeutenden Ressourcen in von der Guerilla kontrollierten Gebieten liegen und ein Zugang unmöglich bzw. mit hohen Kosten verbunden ist – oder weil über Jahrzehnte unter dem Schutz paramilitärischer Verbände auf Ressourcen zugegriffen wurde¹.

Der Abbau von natürlichen Rohstoffen wie Erdöl, Kohle, Gold oder auch das Geschäft des Agrobusiness brauchen ein Mindestmaß an Infrastruktur und Investitionssicherheit. Voraussetzung dafür ist wiederum die Möglichkeit des Zugriffs auf und die Kontrolle über das Land, dessen natürliche Ressourcen ausgebeutet werden sollen. Mit der Gründung paramilitärischer Strukturen und ihrer landesweisen Vernetzung als AUC (*Autodefensas Unidas de Colombia*) in den 1990er Jahren wurde eine Struktur geschaffen, die unter Anwendung grausamer Menschenrechtsverbrechen der Schaffung von Investitionssicherheit dienen sollte. Trotz einer massiven (Para)Militarisierung des Landes war und ist es nationalen wie internationalen Unternehmen nur in beschränktem Maße möglich, Ressourcenzugänge zu etablieren und Kolumbiens strategische Ausrichtung eines Wirtschaftsmodells des Rohstoffextraktivismus mitzutragen. Der bewaffnete Konflikt mit seinen hohen Vertreibungszahlen und dem systematischen Landraub durch paramilitärische Gruppen lähmt Kolumbiens Rohstoffpolitik nicht zuletzt auch deshalb, weil ein legaler Zugriff auf Landflächen mit rechtlich nicht zweifelsfreien Besitzverhältnissen nicht möglich ist.

¹ Seit Jahren versuchen Vertreterinnen und Vertreter aus sozialen Bewegungen, NGOs und akademischen Zusammenhängen Allianzen zwischen paramilitärischen Verbänden, Militär, Politik und Unternehmen nachzuweisen. Trotzdem reichen in vielen Fällen systematischer Vertreibungen, dem Anbau von Ölpalmen, wie auch im Fall des Transnationalen Unternehmens Drummond die Beweislage für eine rechtskräftige Verurteilungen laut Gericht nicht aus (Moor und van de Sandt 2014, elcolombiano.com 2014).

„Der Frieden ist zum ersten Mal in unserer Geschichte rentabler als der Krieg“²

Im Jahr 2003 kam es unter dem damaligen Präsidenten Álvaro Uribe Velez (2002-2010) zu der Unterzeichnung des *Abkommens von Ralito* mit den AUC, das die Demobilisierung der paramilitärischen Strukturen in den Folgejahren vorsah. Seit Ende 2012 befindet sich der jetzige Präsident Juan Manuel Santos in Friedensverhandlungen mit der größten Guerillagruppe des Landes, den FARC-EP. Ob es hierbei zur erfolgreichen Unterzeichnung eines Friedensabkommens kommen wird, ist derzeit noch ungewiss. Ebenso ungewiss ist, ob es zu einem Friedensabkommen mit der zweitgrößten Guerilla, dem ELN, kommt und ob diese Verhandlungen ausreichend Potential für einen dauerhaften Frieden bilden können.

Kolumbien steht mit den Friedensverhandlungen der letzten 10 Jahre zweifelsohne vor der Chance der Beruhigung, wenn nicht sogar vor der Beendigung des bereits 50 Jahre währenden bewaffneten Konfliktes. Nicht ohne Grund stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, welche Auswirkungen diese Entwicklung auf den Ressourcenmarkt haben wird. Welcher neuen Strategien der Ressourcensicherung bedienen sich die Akteure der in den vergangenen Jahrzehnten militärisch durchgeführten Akkumulation durch Enteignung³? Handelt es sich hierbei um einen weniger gewaltvollen Prozess der Ressourcengewinnung als in Zeiten des bewaffneten Konfliktes? Gibt es Anzeichen für einen menschenwürdigeren und die soziale Ungleichheit mindernden Extraktivismus oder ist es die Fortführung eines Ressourcenkonfliktes mit anderen Mitteln? Diese Fragen sollen im Folgenden anhand einer Feldforschung zum Staudammprojekt PORVENIR I im Munizip *San Francisco, Antioquia*, erörtert werden.

Anders als auf Landesebene kam es in *San Francisco* bereits bis zum Jahr 2007 zu einem Rückzug bewaffneter irregulärer Gruppen und der Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols. Damit befindet sich *San Francisco* auf lokaler Ebene schon jetzt in einer Art Post-Konflikt-Szenario, obwohl es auf Landesebene in einen nach wie vor aktiven bewaffneten Konflikt eingebettet ist. Die Feldstudie zu *San Francisco* kann zwar keine Blaupause für ein mögliches nationales Post-

2 Zitat eines Aktivisten während der Feldforschung 2013.

³ Der kritische Geograph David Harvey entwickelte diesen Begriff in Anlehnung an den marxistischen Ansatz der ursprünglichen Akkumulation. Harvey (2004) macht anhand mehrerer Beispiele global stattfindender ursprüngliche Akkumulation deutlich, dass diese immer auch ein gewaltvoller Prozess der Enteignung ist.

Konflikt-Szenario sein. Aber sie ermöglicht eine Betrachtung politischer, sozialer und wirtschaftlicher Dynamiken, die auf dem Weg zu einer möglichen landesweiten Post-Konflikt-Situation eine Rolle spielen.

2. KEIN ZUGANG IST KEINE OPTION

Seit 1986 gibt es Vorschläge für den Bau von Wasserkraftwerken in der Region um *San Francisco*, die jedoch aufgrund der Präsenz der Guerillas FARC-EP und ELN nicht umgesetzt werden konnten. Seit 2007 hat die kolumbianische Armee, unterstützt durch paramilitärische Einheiten, die militärische Kontrolle über die Gemeinde gewonnen. Damit wurde nach fast 30 Jahren das Energieprojekt PORVENIR I aus sicherheitspolitischer Sicht durchführbar.

2.1. PORVENIR I

Porvenir I ist ein geplantes Staudammprojekt zur Energieerzeugung von 375 Megawatt am Fluss *Samaná Norte*. Für das Projekt wurden bereits 1986 erste Untersuchungen durchgeführt, der Bau jedoch aufgrund des bewaffneten Konfliktes nicht umgesetzt (Instituto Popular de Capacitación 2010b). Seit 2009 ist das Umweltschutzministerium erneut mit der Evaluierung des Energieprojektes beschäftigt. Die mit dem Bauvorhaben beauftragte kolumbianische Firma *INTEGRAL S.A.* soll sich die geomorphologischen Formationen der Gemeinden *San Francisco*, *San Luis*, *Cocorná* und *Sonsón* zunutze machen und die Fließgewässer, die im Fluss *Samaná Norte* münden, auf einer Höhe von 300-600 Metern über dem Meeresspiegel anstauen. Dafür müssten schätzungsweise 2700 ha Land geflutet werden (Ministerio del Ambiente, Vivienda y Desarrollo Territorial 2009; Instituto Popular de Capacitación 2010b). Ein Gutteil der betroffenen Fläche – 1500 Hektar – entfallen auf die Gemeinde *San Francisco*. PORVENIR I ist Teil eines Großprojektes mehrerer in Planung befindlicher Staudämme, die in der Region *Oriente Antioqueño* einen in sich geschlossenen „Energie-Ring“ bilden sollen. Dieses Großprojekt ist wiederum Teil einer Energie-Exportstrategie des staatlichen Konzerns *Empresas Públicas de Medellín – EPM* (I2a)⁴.

⁴ die mit einem „I“ gekennzeichneten Quellenangaben beziehen sich auf geführte Interviews während der Feldforschung. Genauere Informationen können einer Tabelle im Anschluss an das Literaturverzeichnis entnommen werden.)

Karte 1: Projektion des geplanten Stausees für das Energieprojekt PORVENIR I



Quelle: Singelnstein 2013

2.2. JURISTISCHE BEDINGUNGEN FÜR DAS STAUDAMMPROJEKT

Für den Bau von Staudammprojekten mit einer Kapazität über 100 Megawatt bedarf es laut Gesetz Nr. 99 von 1993 und dem Dekret Nr. 1220 von 2005 einer Lizenz des Umweltministeriums. Diese Lizenz ist an die Vergabe eines Zertifikates vom *Kolumbianischen Institut für ländliche Entwicklung (INCODER)* geknüpft. Das Institut prüft u. a. den Einfluss eines Projektes auf die Existenz legal konstituierter Territorien indigener Gemeinden. Dieses Zertifikat wurde der Firma *INTEGRAL S.A.* für PORVENIR I bisher nicht ausgestellt. Daher konnte das Umweltministerium die Lizenz für den Bau von PORVENIR I bisher nicht vergeben. Der Lizenzantrag ist jedoch weiterhin in Bearbeitung (Ministerio del Ambiente, Vivienda y Desarrollo Territorial 2009).

Ein weiterer Aspekt, der die Durchführbarkeit von PORVENIR I derzeit noch erschwert, sind die Landbesitzverhältnisse. Es fehlt die Möglichkeit des Erwerbs der für den Bau benötigten Landflächen. Laut der kolumbianischen Verfassung steht das Gemeinwohl zwar über dem individuellen Wohl (Secretaría General del Senado de la República. 1991: Artikel 58). Damit bestünde theoretisch die Möglichkeit legaler Enteignungen der für das Projekt notwendigen Landflächen. Dagegen steht allerdings, dass 90% der ca. 37.000 ha der Gemeinde im RUPTA eingetragen sind und somit einem juristischen Sonderschutz unterstehen. Das RUPTA (*Registro Único de Predios y Territorios Abandonados*) ist ein Register zum Schutz von Vertriebenen und deren Besitztümern. Es registriert die verlassenen Flächen die mit dieser Registrierung juristisch vor Verkauf oder Verpachtung geschützt sind (Departamento para la Prosperidad Social, Corte Constitucional 2011, I1).⁵ Dieser Schutz kann nur durchbrochen werden, wenn die von der Vertreibung betroffene Bevölkerung auf ihre Ländereien zurückkehrt und ihre Grundstücke formalisiert werden können⁶.

5 Das RUPTA wird vom Kolumbianischen Institut für ländliche Entwicklung (INCODER) geführt. Die Schaffung und Modifikation dieser Figur ist in den folgenden Gesetzen festgelegt worden: Gesetze 160 und 387 aus den Jahren 1994 und 1997, Dekret 2007 und 250 aus den Jahren 2001 und 2005.

6 Anderenfalls bestünde lediglich die Möglichkeit einen Antrag zur Aufhebung der Registrierung im RUPTA zu stellen. Dies kann theoretisch von einem speziell hierfür zuständigen staatlichen Komitee – dem *Comité Territorial de Atención Integral a la Población Desplazada*- genehmigt werden (Departamento para la prosperidad Social, Instituto Popular de Capacitación 2010a).

3. STRATEGIEN IM POST-KONFLIKT-SZENARIO

Solange das Handelsverbot für Landflächen besteht, gibt es auch für die Regierung keine Möglichkeit, Ländereien zu enteignen, um sie anschließend für das Staudammprojekt PORVENIR I zu fluten. Da jedoch das wirtschaftliche Interesse an der Energiegewinnung groß ist, arbeitet die Regierung bereits daran, diesen ihr bisher verwehrten Zugang zu erlangen.

Durch die militärische Kontrolle *San Franciscos* ab dem Jahr 2007 konnte der Staat zwar *seine* Souveränität⁷ behaupten, welche Voraussetzung für kapitalintensive Investitionen und die Durchführung institutioneller Maßnahmen ist (I3). Aber juristische Hürden wie der RUPTA verhinderten dennoch den Zugriff auf die Ressourcen. Und da die Regierung keine legalen Mittel hat, die Bevölkerung zur Rückkehr zu zwingen, sondern im Gegenteil auf diese angewiesen ist, musste der militärischen Eroberung der Gemeinde eine soziale, ökonomische und politische folgen. Dies geschieht, so die Beobachtung, in zwei Etappen. Erstens wird die Gemeinde in spezielle Hilfsprogramme für von Vertreibung betroffene Bevölkerung eingebunden, um auf diese Weise die als „Vertriebene“ registrierten Familien in „Zurückgekehrte“ zu überführen. Die sukzessive Abnahme von statistisch registrierten Vertriebenen würde den Weg für eine Aufhebung des RUPTA eröffnen. Zweitens bedarf die Enteignung der für PORVENIR I relevanten Flächen zunächst eines Abbaus der informellen Landbesitzverhältnisse. Deshalb findet zeitgleich zu den Hilfsprogrammen ein Prozess der Formalisierung der Wohn- und Besitzverhältnisse statt.

3.1. HILFSPROGRAMME FÜR EIN STAUDAMMPROJEKT

In *San Francisco* lief das Programm *Familias Guardabosques* im Jahr 2010 an. Von den anfangs 320 teilnehmenden Haushalten waren Anfang des Jahres 2013 noch rund 260 Haushalte Teil des Programmes (I2b). Trotz der großen Teilnahme stößt das Programm bei vielen Haushalten auf Kritik. Zu wenig technische Beratung hätten die Haushalte bei der Implementierung der Kaffee- und Kakaoproduktion gehabt und die Qualität der Setzlinge sei zu schlecht gewesen. Da nur 3 Agrarberater für die 260 Haushalte zur Verfügung standen, hätte keine umfassende Begleitung der einzelnen Haushalte stattfinden können. Auch die finanzielle Unterstützung sei erheblich kleiner

7 Ich gebrauche den Begriff in Anlehnung an Peluso und Vandergeest, für die staatliche Souveränität die Kontrolle über den Einsatz legitimer Gewalt in einem Territorium darstellt (Peluso & Vandergeest 2011: 257)

ausgefallen als anfangs zugesagt. Es wurden nur 1.800.000 COP⁸ ausgezahlt obwohl ursprünglich eine Auszahlung von 3.600.000 COP vorgesehen gewesen war (ebd.). Weiterhin ist es für viele Haushalte nicht nachvollziehbar, warum die verschiedenen Programme die gleichen Hilfsmaßnahmen anbieten, jedoch nicht miteinander koordiniert werden⁹. Trotz dieser und anderer Kritik können beide Programme bedeutende Ergebnisse vorweisen. Fast alle während der Feldforschung befragten Haushalte verfügten neben einigen Subsistenzprodukten wie Bohnen, Kochbananen, Yuca und Mais auch über Kaffee- oder Kakaopflanzungen. Die Kokaproduktion ist hingegen in 6 von insgesamt 42 Siedlungsgebieten fast komplett eingestellt worden und hat sich in entferntere Siedlungsgebiete verlagert (I2b). Diese zunächst positiv wirkenden Ergebnisse sollten jedoch vor dem Hintergrund der Projektplanung von PORVENIR I besonders kritisch auf ihre politischen Implikationen hin hinterfragt werden.

Seit 2003 gibt es das Projekt der *Familias Guardabosques*¹, gefördert und durchgeführt von den Vereinten Nationen (United Nations Office on Drugs and Crime – UNODC) und dem Programm *Programa Presidencial contra Cultivos Illicitos (PCI)* der kolumbianischen Regierung (UNODC y ACCION SOCIAL 2007a; Giraldo O. F. & Lozada R.A. 2008). Ziel dieses Programmes ist es, die Bauern für den Anbau alternativer Produkte wie z. B. Kautschuk, Kaffee, Ölpalmen, Zuckerrohr, Kakao, etc. zu motivieren, um dadurch die Kokapflanzungen zu reduzieren bzw. ganz zu eliminieren. Durch den Anbau der alternativen Produkte soll den Bauernhaushalten künftig ein konstantes Einkommen garantiert werden. Für die Durchführung des Programmes gibt es finanzielle Unterstützung, sowie Beratung und Begleitung im sozialen Bereich für den Wiederaufbau sozialer Strukturen und im technischen Bereich für die erfolgreiche Implementierung der neuen Anbauprodukte. Die Teilnahme am Programm verpflichtet zur manuellen Entfernung der Kokapflanzungen und verbietet die Neupflanzung (I2b, UNODC y ACCION SOCIAL 2007a, b).

8 2200 Kolumbianische Pesos (COP) entsprechen etwa 1 Euro

9 Gespräch mit einem Bauernaktivisten am 22.2.2013 im Siedlungsgebiet *La Maravilla*

Das zweite Programm, das die Reduktion des Kokaanbaus und den Anbau alternativer Produkte fördern will, heißt *Familias en su Tierra*. Es wurde im Rahmen des Gesetzes 1448 im Jahr 2011 konzipiert und zielt auf die Rückkehr oder Umsiedlung der von Vertreibung betroffenen Bevölkerung ab. Sein Schwerpunkt liegt in der Rückkehr oder Umsiedlung der von Vertreibung betroffenen Bevölkerung. Ähnlich wie beim Programm *Familias Guardabosques* müssen sich die teilnehmenden Haushalte verpflichten, den Anbau von Kokapflanzen zu unterlassen. Dieses Programm sieht pro Haushalt eine finanzielle Zuwendung von 3.600.000 kolumbianischen Pesos (COP) vor, die zu gleichen Teilen in folgende drei Bereiche fließen sollen: Den Wiederaufbau des Hauses, eine alternative Agrarproduktion und eine finanzielle Barzahlung über einen Zeitraum von einem Jahr. Durchgeführt wird das Programm vom *Departamento para la Prosperidad Social*, eine Institution der Republik Kolumbien (Presidencia. República de Colombia 2011, I2b, Departamento para la Prosperidad Social – DPS 2011a, b).

Hinter den vermeintlichen Programmerfolgen verbergen sich drei Entwicklungen größeren Ausmaßes von denen der erste bereits anfangs genannt wurde: Bei den Programmen handelt es sich um Entschädigungs- und Rückführungsprogramme mit deren Hilfe die Zahl der Vertriebenen reduziert und die der Wiederangesiedelten erhöht werden soll. Auf dem Papier sieht es dann so aus, als hätte die lokale Bevölkerung die für ihren Wiederaufbau notwendige Hilfe erhalten und sich von dem bewaffneten Konflikt erholt.

Der zweite relevante Aspekt hat direkt mit den Anbaufrüchten und einer Neuausrichtung der Agrarwirtschaft zu tun. Es ist richtig, dass die Programme mehreren hundert Haushalten durch den Anbau von Kaffee und Kakao eine wirtschaftliche Alternative zum Kokaanbau geboten haben. Allerdings gibt es keine Alternative zu dieser Alternative. Denn was diese Politik nicht fördert ist die Produktionsfreiheit der Kleinbauern: die Teilnahme an den Programmen (und die damit einhergehende finanzielle Unterstützung) ist zwingend an den Anbau von Kaffee oder Kakao gebunden. Statt den Kleinbauern die Entscheidungsfreiheit über deren Agrarerzeugnisse und Produktionsweisen zu überlassen, werden diese Entscheidungen durch die finanziellen Anreize (die für viele der Bauernhaushalte lebenswichtig sind) erzwungen. Die Gemeinde spezialisiert sich dadurch auf das Erzeugnis zweier Cash Crop Produkte, welche nicht innerhalb der lokalen Strukturen aufgebraucht werden können. Die produzierten Überschüsse müssen somit den

nationalen Markt beliefern, wodurch sie letztlich auch von dessen Preisschwankungen abhängig werden¹⁰. Anstatt logistisch und finanziell auch alternative Anbaustrategien zu fördern die auf die Ernährungssouveränität der Familien und der Gemeinde setzen, wird ein direkter Fokus auf exportfähige Landwirtschaftsprodukte gelegt.

Die inhaltliche Prägung der beiden Programme betrifft jedoch nicht nur die landwirtschaftliche Produktionspalette sondern auch den dritten zu nennenden Aspekt: Die Etablierung eines regierungstreuen Diskurses über landwirtschaftliche Entwicklung dem das Konzept des Privateigentums zugrunde liegt. Innerhalb der Koordinationstreffen beider Programme wurde von den sogenannten externen Experten die Notwendigkeit formaler Landtitel stets bekräftigt. Dadurch wurde ein - vorher nicht existenter - Diskurs gesellschaftlich etabliert. In dessen Fahrwasser konnte schließlich im Jahr 2011 ein weiteres Regierungsprogramm wirksam werden: jenes zur kostenlosen Landtitulierung. Kaum verwunderlich ist es daher, dass bis 2010 die Frage nach formalen Landtiteln häufig belächelt wurde, jedoch nur drei Jahre später - im Jahr 2013 - die meisten Haushalte eine Formalisierung ihrer Flächen begrüßten.

3.2. LANDTITEL FÜR DIE ENTEIGNUNG

Ähnlich wie auch in anderen Teilen Kolumbiens ist der Landbesitz in *San Francisco* mehrheitlich informell geregelt. Über Generationen hinweg gab es eine gesellschaftliche Praxis des Handelns mit Land und der Nutzung von Landbesitz. Per Handschlag oder Kaufvertrag wechselten die Landflächen den Besitzer, ohne dass der Einbindung staatlicher Institutionen bedurfte. Die Heterogenität von Besitzverhältnissen und Besitztiteln wurde anhand der Ergebnisse eines Workshops zum Thema Landtitelvergabe deutlich. In diesem Workshop wurden 66 Felder und deren Besitzverhältnisse besprochen:

10 dieser Flächen befanden sich im Besitz der Gemeinde und wurden vertriebenen Haushalten kostenfrei zur Verfügung gestellt. Bei 3 der 66 Flächen konnten die Befragten keine exakten Angaben über die Besitzverhältnisse machen. Bei weiteren 4 Flächen handelt es sich um solche,

¹⁰ Kurz nach der Feldforschung im Februar 2013 kam es zu einem landesweiten Streik der Kaffeebauern. Dieser war darin begründet, dass die Produktionskosten des Kaffees über dem Verkaufspreis lagen. Nach Angaben der Bauern investierten sie für die Produktion von einer „carga“ Kaffee (125kg) ca. 700.000 – 750.000 COP, der Marktpreis betrug jedoch nur 537.000 COP.

denen ein lokal gebräuchliches Ertrags-Arbeitsverhältnis zugrunde liegt: *a la cuarta*¹¹. Von den insgesamt 66 Agrarflächen bleiben demnach noch 49 übrig, über die es eine den Haushalten zuordenbare Besitzinformation gibt. Von diesen haben lediglich 7 einen formal gültigen Landtitel, 8 haben keinerlei schriftlichen Besitznachweis und 34 verfügen über einen Kaufvertrag, somit einen informellen Landtitel. Hieraus folgt, dass lediglich 17 von 66 Flächen im Katasteramt der Departmentshauptstadt Medellín mit ihrem derzeitigen Besitzverhältnis registriert sind. Davon gehören 10 ohnehin der Gemeinde, diese werden der lokalen Administration verwaltet. Die restlichen 7, sind bereits in der Vergangenheit von den Bauern und Bäuerinnen formal registriert worden. Daraus ergibt sich, dass für 49 der insgesamt 66 Agrarflächen (das sind 74%!) im Katasteramt keine Informationen über deren Besitzverhältnisse vorliegen.

Ein Großteil dieser Flächen befindet sich in den Siedlungsgebieten aus denen viele der befragten Haushalte vor Jahren geflohen sind und zählen heute zu jenen Bereichen, die für den geplanten Stausee PORVENIR I geflutet werden sollen (siehe Karte 1 auf Seite 5 und Karte 2 auf Seite 12). Die geplante Realisierung des Staudammprojekts erfordert eine schrittweise Formalisierung der Landflächen. Voraussetzung dafür war jedoch eine gesellschaftliche Akzeptanz zur Formalisierung von Landtiteln. Mit Unterstützung der staatlichen Programme *Familias Guardabosques* und *Familias en su Tierra* wurde hierzu eine institutionelle Plattform geschaffen, von der aus diskursiv neue agrarpolitische Normen in die Gemeinde getragen wurden. Mit dem Argument, informelle Landtitel wären keine ausreichenden Besitzurkunden und schützten die Felder nicht vor Enteignung durch Dritte, wurde eine große Unsicherheit geschürt. Diese ließ bei vielen Haushalten das Bedürfnis nach formalen Landtiteln aufkommen. Eine zentrale Voraussetzung für eine spätere Enteignung der Landflächen zur Durchführung des Staudammprojekts PORVENIR I.

11 Hierbei handelt es sich um ein Vertragsverhältnis wonach die Landwirtschaft eines Produktes in 4 gleiche Teile aufgeteilt wird: Boden, Arbeitskraft, Samen bzw. Setzlinge und Dünger bzw. Pestizide. Je nachdem welche Anteile vom jeweiligen Vertragspartner übernommen werden wird der Gewinn der Ernte aufgeteilt. Oftmals stellt der Landbesitzer nur die Agrarfläche zur Verfügung und bekommt 25% der Ernte während der Vertragspartner die restlichen Investitionen tätigt und 75% der Ernte bekommt.

Karte 2: Migrationsbewegungen der Bauernhaushalte



Quelle: Singelstein 2013

4. TERRITORIALISIERUNG DURCH KONTROLLIERTEN WANDEL DER LANDNUTZUNGSBEDINGUNGEN

In *San Francisco* hat sich nicht (wie in anderen Teilen des Landes) das Phänomen eines systematischen Landraubes ausgebreitet, bei dem Vertreibung als Methode zur Aneignung von Landflächen angewendet wurde. Deshalb ist die Gemeinde auch nur in Einzelfällen vom Konflikt um Rückübertragung von Landtiteln betroffen. Doch die Regierung hat in *San Francisco*, ähnlich wie in anderen Regionen des Landes, das Interesse, sich den Zugang zu bisher unzugänglichen natürlichen Ressourcen zu ermöglichen. Die militärische Kontrolle der Gemeinden, oder auch Beilegung des bewaffneten Konfliktes, ist dafür nur *eine* Voraussetzung. Sie allein garantiert noch keinen Zugang zu Ressourcen wie das Beispiel des Staudammprojektes PORVENIR I verdeutlicht. Zwar scheiterte die Umsetzung dieses Energieprojektes in den 1980er Jahren zunächst an der Präsenz der Guerilla. Doch nachdem in den letzten Jahren die militärische Kontrolle über die Region erlangt werden konnte, sind es nun rechtliche Rahmenbedingungen, die den Bau von PORVENIR I blockieren.

Jene Bauernhaushalte, die über all die Jahre des Konfliktes in der Region geblieben waren, entwickelten eigene Handlungsstrategien zur Überlebenssicherung: Nachdem die staatlichen Institutionen den Vertriebenen weder für den Verbleib im Dorf noch für eine Rückkehr in ihre Regionen Hilfe zukommen ließ, stützen sich die Bauernhaushalte auf ihre sozialen Strukturen. Sie entwickelten inmitten des bewaffneten Konfliktes eine von der Regierung unabhängige und nicht kontrollierte Praxis der Landnutzung. Und sie unterstützten sich gegenseitig beim Aufbau ihrer Höfe. Als Reaktion auf diese Dynamik entwickelte die Regierung eine Territorialisierungsstrategie zur Erlangung lokaler Kontrolle. Die Formalisierung der Landbesitzverhältnisse und die Einführung des Anbaus von Cash Crop ermöglichte ein institutionelles Erfassen zuvor unübersichtlicher Besitz und Anbaustrukturen und damit eine erhöhte Kontrolle über die sozialen Dynamiken. Begleitet wurde dieser Schritt mit der Einführung von Hilfsprogramme die zum einen darauf abzielen einen neuen agrarwirtschaftlichen Diskurs in die Gemeinde zu tragen. Zum anderen geht es um die Registrierung von „Vertriebenen“ als „Zurückgekehrte“. Auf diese Weise würden Zugriffsbeschränkungen wie der RUPTA offiziell berücksichtigt, so dass anschließend nach Artikel 58 der Verfassung das Gemeinwohl über dem individuellen Wohl steht und damit die von der Flutung für den Stausee betroffenen Landflächen enteignet werden könnten. Dem Staudammprojekt PORVENIR I stünde damit der Weg frei, die Wasserressourcen der betroffenen Flüsse zu privatisieren und die daraus generierte Energie zu exportieren.

Keine einzige Maßnahme der Hilfsprogramme der Regierung hat zu einer Stärkung der Eigenverantwortung und Unabhängigkeit der Bauernhaushalte beigetragen. Es gab kaum Investitionen im Bildungs- und Gesundheitssektor; noch in den Ausbau kleinbäuerlicher Infrastruktur. Ebenso wenig wie eine konditionsungebundene Ausstattung mit Kapital, gab es auch keine Investition in Gemeindezentren oder in psycho-soziale Beratungseinrichtungen. Was es gab, war die Anbindung der Bauernhaushalte an staatliche Institutionen. Diese Anbindung befördert einen spezifischen Wandel der Landnutzungsbedingungen und ermöglicht damit eine Lenkung der sozialen Praxis der Gemeinde durch die Regierung.

Die Erfahrung von *San Francisco* zeigt, dass es in Kolumbien bereits seit mehreren Jahrzehnten ein solides Wissen über Vorkommen natürlicher Ressourcen gibt, deren Zugriff jedoch vom bewaffneten Konflikt überlagert und zum Teil verhindert wurde. Durch eine Beilegung der bewaffneten Auseinandersetzungen käme es sicherlich, so die Hoffnung, zu einer notwendigen Demilitarisierung des Landes. Ob das Modell eines „demilitarisierten“ Extraktivismus in Kolumbien jedoch weniger gewaltvoll ist – wie ich eingangs als Frage formuliere – vermag ich nicht zu beurteilen. Sicher scheint nur, dass es bisher keinerlei Anzeichen für eine menschenwürdigere oder die soziale Ungleichheit mindernde Ressourcenpolitik gibt, geschweige denn einen Rückgang von Ressourcenkonflikten. Deren Austragung könnte in Zukunft von der Aushandlung der juristischen und institutionellen Rahmenbedingungen, die über den Zugriff und die Nutzung der natürlichen Ressourcen entscheiden, und die zum Teil in den Friedensgesprächen mitverhandelt werden, abhängen. Insofern könnten die Friedensverhandlungen zwischen der Regierung mit der FARC-EP und dem ELN Kolumbiens Weg in Sachen Ressourcenpolitik zumindest punktuell beeinflussen.

Die bisherigen Verhandlungsverläufe der rechtsliberalen Regierung unter Präsident Juan Manuel Santos mit den FARC-EP lassen in Sachen Agrarpolitik bisher allerdings kaum Hoffnung auf tiefgreifenden Veränderungen aufkommen. Eine Bereitschaft der Regierung, die strukturelle Ungleichheit im Land zu beheben, und damit die Ursachen des bewaffneten Konfliktes zu bearbeiten, ist derzeit leider nicht in Sicht. Am Beispiel von Interessenkonflikten um die Nutzung natürlicher Ressourcen würde eine Auseinandersetzung mit den Konfliktursachen bedeuten, die Nutzungs- und Zugangsbestimmungen grundlegend neu zu verhandeln, und lokale Mitbestimmung und demokratische Teilhabe zuzulassen.

5. LITERATURVERZEICHNIS

Corte Constitucional. 2011. *Sentencia T-565/11 DESPLAZADOS INTERNOS-Sujetos de especial protección constitucional*. <http://www.corteconstitucional.gov.co/relatoria/2011/t-565-11.htm> (17.6.2013)

Departamento para la prosperidad Social. Unidad de Atención a Víctimas. *Protección de Tierras y Patrimonio de la Población Desplazada*. <http://www.dps.gov.co/contenido/contenido.aspx?catID=295&conID=3341&pagID=6458> (17.6.2013)

Departamento para la prosperidad Social – DPS 2011a. *Implementación de un esquema de acompañamiento a víctimas del desplazamiento forzoso retornados o reubicados, para el fortalecimiento de capacidades para su subsistencia digna e integración comunitaria, con enfoque reparador a nivel nacional*. <https://www.dnp.gov.co/LinkClick.aspx?fileticket=fGU1vChMsjY%3D&tabid=1570> (20.6.2013)

Departamento para la prosperidad Social – DPS 2011b. *ABC. Familias en su tierra*. http://www.dps.gov.co/documentos/6497_ABCfamiliasensutierra.pdf (20.6.2013)

elcolombiano.com. *Drummond niega relación con grupos paramilitares*. http://www.elcolombiano.com/BancoConocimiento/D/drummond_niega_relacion_con_grupos_paramilitares/drummond_niega_relacion_con_grupos_paramilitares.asp (15.10.2014)

Giraldo O. F., Lozada R.A. 2008. *PROGRAMA DE DESARROLLO ALTERNATIVO EN COLOMBIA FAMILIAS GUARDABOSQUES. VISIÓN DESDE EL ENFOQUE DEL DESARROLLO*. In: Revista Luna Azul. <http://www.scielo.org.co/pdf/luaz/n27/n27a04.pdf> (20.6.2013)

Harvey D. 2004. *El Nuevo imperialismo*. Madrid: Ediciones Akal S. A.

Instituto Popular de Capacitación 2010a. *Retorno de desplazados en Oriente antioqueño: sólo buenas intenciones*. <http://www.verdadabierta.com/nunca-mas/38-desplazados/2301-retorno-de-desplazados-en-oriente-antioqueno-solo-buenas-intenciones> (19.6.2013)

Instituto Popular de Capacitación 2010b. *Proyecto energético genera dudas e inconformidad en el Oriente Antioqueño*. http://www.ipc.org.co/agenciadeprensa/index.php?option=com_content&view=article&i

d=427:proyecto-energetico-genera-dudas-e-inconformidad-en-el-oriente-antioqueno&catid=94:general&Itemid=436 (17.6.2013)

Ministerio del Ambiente, Vivienda y Desarrollo Territorial. 2009. Dirección de Licencias, Permisos y Trámites Ambientales. República de Colombia. *AUTO No. 2753*. Bogotá D.C., Septiembre 29 de 2009

Moor, Marianne; van de Sandt, Joris. PAX, Los Países Bajos (Hrsg.). *El Lado Oscuro del Carbón. La Violencia Paramilitar en la Zona Minera del Cesar*, Colombia. Juni 2014. ISBN: 978-90-70443-74-0

Peluso, N. L., Vandergeest, P. 2011. *Taking the jungle out of the forest: counter-insurgency and the making of national natures*. 254-287. In: Global Political Ecology. Hrsg.: Peet, R., Robbins, O. Watts, M., Abingdon: Routledge

Presidencia. República de Colombia 2011. *Gobierno lanzó el incentivo "Familias en su Tierra", para impulsar el retorno de 60 mil familias desplazadas*.
http://wsp.presidencia.gov.co/Prensa/2011/Octubre/Paginas/20111008_05.aspx
 (20.6.2013)

Secretaría General del Senado de la República. 1991. *Constitución Política de Colombia*. Artikel 58
http://www.secretariassenado.gov.co/senado/basedoc/cp/constitucion_politica_1991_pr001.html#58 (18.6.2013)

Singelstein, Fabian. 2013. *Kontrollierte Landnutzungsbedingungen - Zur Kontrolle von Landnutzungsbedingungen als Mittel der Etablierung territorialer Kontrolle am Beispiel des Oriente Antioqueño, Kolumbien*. Berliner Geographische Blätter. Vol. 5. Zentrum für Entwicklungsländer Forschung (ZELF). FU-Berlin. Dez. 2013

UNODC y ACCION SOCIAL 2007a. *DES-CIFRANDO LAS FAMILIAS GUARDABOSQUES*. Indicadores Año 2006. Consolidado Nacional. Línea Base y Seguimiento. Sistema de Seguimiento y Evaluación. MUNICIPIOS FASES I Y II.
http://www.academia.edu/1038726/Descifrando_las_Familias_Guardabosques
 (20.6.2013)

UNODC y ACCION SOCIAL 2007b. *Informe Ejecutivo sobre el Seguimiento a los Programas de Familias Guardabosques y Proyectos Productivos*.
http://www.odc.gov.co/docs/publicaciones_nacionales/PCI%202007.pdf (20.6.2013)

6. INTERVIEWVERZEICHNIS

Interviewkode	Funktion	Ort	Datum
I1	ACA Workshop-Koordinator	San Francisco	24.9.2011
I2a	Bauer und ACA Mitglied	Medellín	25.9.2011
I2b		San Francisco	24.2.2013
I3	Anwalt	Medellín	27.2.2013